

auf einen Kompromiß in Afghanistan zu setzen, wobei natürlich nicht vergessen werden darf, daß hierbei viele andere Parteien ein gewichtiges Wort mitzureden haben.

Pakistans außen- und innenpolitischen Handlungsmöglichkeiten

Auch wenn der indisch-pakistanische Zwist in den letzten Jahren in westlichen Medien etwas weniger Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat, ist er für die pakistanischen Eliten doch nach wie vor der wichtigste Aspekt der Außenpolitik. Läßt man die letzten 50 Jahre Revue passieren, muß man feststellen, daß die Bedrohungsängste regelrecht zur Obsession geworden sind: die Indische Union hat seit den 50er Jahren niemals mehr als die Bewahrung des Status quo gewünscht. Selbst 1971, als Pakistan in zwei Teile zerschlagen wurde, hatte New Delhi auf jeglichen Expansionsversuch verzichtet. Die indische Regierung war klug genug zu erkennen, daß sie so nur die inneren und internationalen Probleme vermehrt hätte, an denen es bisher schon genug zu tragen hatte. Für Pakistan ist es dennoch so gut wie unmöglich, sich mit dem großen Nachbarn zu arrangieren, schwört doch seit einem halben Jahrhundert die offene Wunde des Kashmirkonflikts. Dieser war einmal vornehmlich Symptom eines viel umfassenderen Bruderzwistes, mittlerweile steht fast nur noch er allein einer Annäherung im Wege. Es wird keine andere Lösung des Streitfalles als die Anerkennung der Waffenstillstandslinie als internationale Grenze geben: Dies liegt weni-

ger daran, daß Politiker und Historiker wohl niemals die Frage beantworten werden können, wessen Ansprüche die besseren sind. Kashmir ist weniger eine Rechts-, als eine Machtfrage geworden, weswegen sich Islamabad keine Wende zu seinen Gunsten erhoffen darf. Das Ende der kurzfristigen Euphorie nach den Avancen Nawaz Sharifs und Inder Kumar Gujral kam schnell, als im August wieder geschossen wurde - trotzdem trafen sich beide Premiers nochmals Ende September am Rande der UN-Vollversammlung in New York.

Schon aus Prestige Gründen wird Indien Kashmir niemals abtreten, militärisch kann Pakistan keinen Zwang ausüben und hat nur ein teuer erkaufte Patt mit New Delhi erreicht. Und auch international gab es noch nie eine ausreichende Unterstützung. Zudem hat noch niemand folgenlos die Interessen der viel einflußreicheren Regionalmacht Indien ignorieren dürfen, wie kürzlich der britische Außenminister Robin Cook mit seinem mittlerweile dementierten Angebot, im Kashmir-Konflikt als Vermittler tätig zu werden, leidvoll erfahren mußte.

Pakistan ist demnach zum Umdenken gezwungen: seiner Diplomatie ist trotz aller Teilerfolge letztlich der Durchbruch verwehrt geblieben, weil sie zu sehr Mittel einer Politik war, der der Krieg als letztes Mittel diente. Solche Rezepte aber greifen auch in einem Asien nicht mehr, in dem sich die bestehenden Territorien ein halbes Jahrhundert nach dem Anfang vom Ende des Kolonialismus mit dem Erstarren der jungen Staatswesen verfestigt haben. Dies gilt natürlich auch für Pakistan

selbst, dessen Existenz und Territorium von niemandem mehr in Frage gestellt werden. Eine auf der Ausgangslage des Jahres 1947 basierende Außenpolitik hat jedoch stets mehr gefordert, ohne die rechten Mittel dafür zu finden: Die massive Aufrüstung und das Anheizen von Konflikten jenseits gefährdeter Grenzen haben kaum Vorteile erbracht, mittelfristig aber negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Innenpolitik des Landes gehabt. Zudem haben sie die außenpolitischen Spielräume stark eingeengt. Daß Islamabad dennoch so lange eine solche Politik beibehalten hat, lag neben den Wunden der Teilung auch an der jahrzehntelangen direkten oder indirekten Herrschaft der Militärs. Seit langer Zeit nun ist erstmals eine zivile Regierung an der Macht, die erheblichen Rückhalt in der Bevölkerung genießt, der es wiederum vor allem um die Verbesserung der kargen Lebensbedingungen geht. Vielleicht wird es der Generation, die jetzt die Geschicke des Landes bestimmt, leichter fallen, unerreichbare Ziele aufzugeben. Eine neue Bestandsaufnahme müßte ergeben, daß Pakistan, anders als 1947, 1997 nicht mehr von außen, sondern eher von innen bedroht wird. Es wäre daher besser, das Land zumindest in wirtschaftlicher Kooperation mit Indien zu innerem Frieden und zu mehr Wohlstand zu führen, als das Pferd mit einem nur scheinbar greifbar nahen Kashmir vor Augen zu Tode zu hetzen.

(Amit Das Gupta ist Historiker und Doktorand der Universität Erlangen)

Pakistan - ein neuer asiatischer Tiger?

von Alfred Vestring

Einen neuen asiatischen Tiger möchte der pakistanische Ministerpräsident Mian Nawaz Sharif aus dem Fünfstromland machen. Doch vorerst geht es nur darum, zu überleben und den wirtschaftlichen Zusammenbruch zu vermeiden. Pakistan befindet sich in einer lebensbedrohenden Krise im wirtschaftlichen, sozialen und auch politischen Bereich. Jahrzehnte der Mißwirtschaft haben das Land an den Abgrund getrieben. Gern erzählt man sich noch von der südkoreanischen Wirtschaftsdelegation, die Anfang der 50-iger Jahre nach Karachi kam, um sich Rat für den Wiederaufbau zu holen. Seinerzeit war Pakistan dem vom Krieg heimgesuchten Korea in vielem voraus. Und heute? Da stellt man besser keinen Vergleich an.

Die ersten zehn Jahre der Entwicklung Pakistans waren in der Tat die erfolgreichsten. Den Gründungsvätern gelang so etwas wie ein pakistanisches Wirt-

schaftswunder, indem sie aus dem neuen Staat, der bis dahin nur als politische Wunschvorstellung bestanden hatte, eine lebensfähige Realität machten. Bei der

Gründung 1947 gab es kein Geld (Indien hatte sich geweigert, 3 Milliarden Rupien als pakistanischen Anteil am Geldvermögen der Krone zu überweisen),



Dank der landwirtschaftlichen Überschüsse und mit Hilfe hoher Einfuhrzölle konnten sie eine Leichtindustrie aufbauen, die die Grundlage für die spätere Entwicklung bildete (Foto: Archiv)

keine Industrie, keine Zentralbank, keine Hauptstadt, aber Millionen Flüchtlinge. Wir fühlen uns an unsere eigene miserable Lage bei Ende des Krieges 1945 erinnert.

Die pakistanischen Regierungen haben in den ersten Jahren eine durchaus kluge Wirtschaftspolitik gemacht. Dank der landwirtschaftlichen Überschüsse und mit Hilfe hoher Einfuhrzölle konnten sie auf der Basis niedriger Baumwollpreise eine Leichtindustrie aufbauen, die die Grundlage für die spätere Entwicklung bildete. Nur aus heutiger Sicht, im Zeitalter der großen Wirtschaftsunionen und Freihandelszonen, haben sie einen kapitalen Fehler gemacht, indem sie Pakistan aus dem südasiatischen Wirtschaftsverband herauslösten. Seinerzeit folgte das Streben nach wirtschaftlicher Autarkie in ganz natürlicher Weise dem nach politischer Selbständigkeit. Heute ist die Grenze nach Indien für den Handelsverkehr praktisch geschlossen, und SAARC macht bei der Schaffung einer zollbegünstigten südasiatischen Wirtschafts-

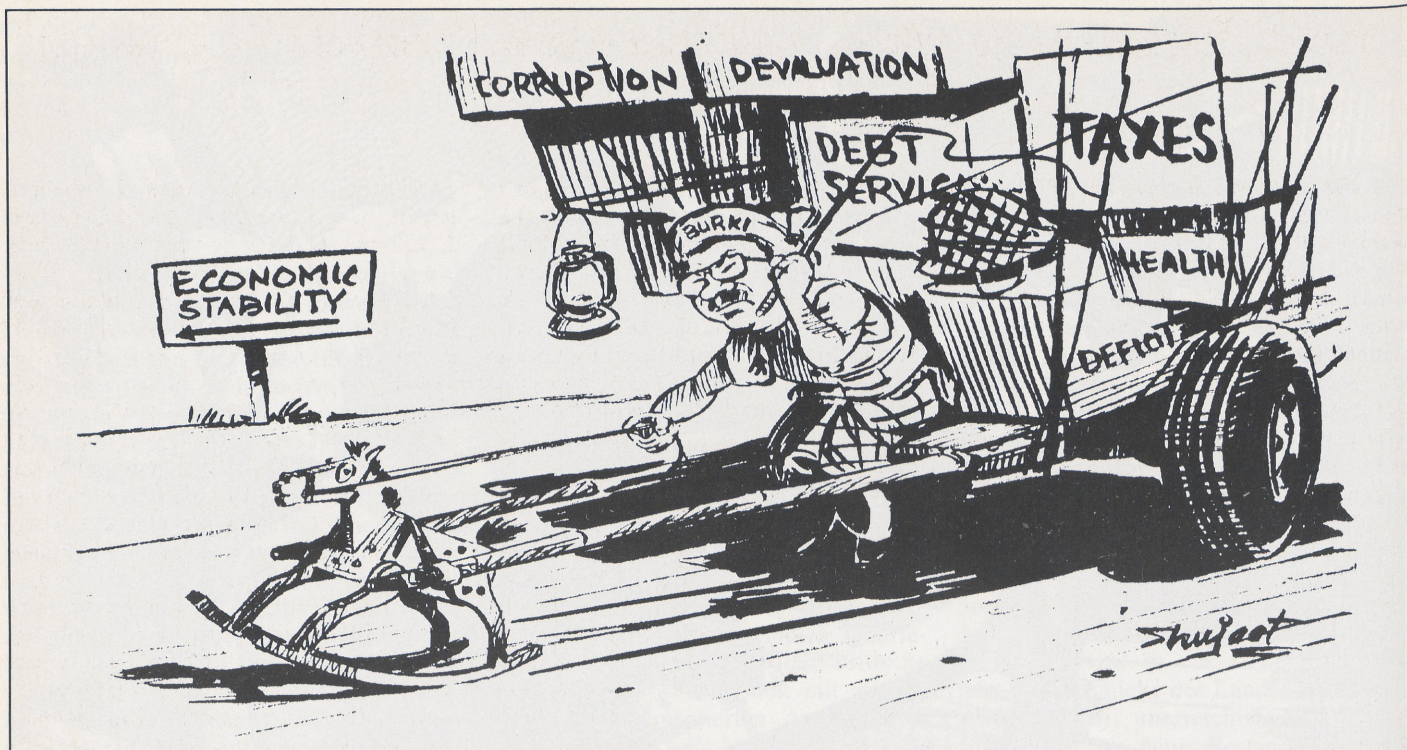
zone nur sehr mühsam Fortschritte.

In der Folgezeit, besonders in den zehn Jahren des "aufgeklärten" Militärdiktators Ayub Khan ab 1958, wurden die grundlegenden Ursachen für viele Mißstände gesetzt, die einem schnellen Aufstieg Pakistans in die Reihe der asiatischen Tiger im Wege stehen. Durch Vernachlässigung der Landwirtschaft wurde das Land zum Netto-Importeur von Nahrungsmitteln, während die exportierende Textilindustrie bis heute nur eine geringe Wertschöpfung aufzuweisen hat. Die hohen Einfuhrzölle und ein Lizenz-System für Außenhandel, Banken und Industrie begünstigten eine kleine Zahl führender Familien, die berühmten "22 Familien". 1968 gehörten ihnen nach Aussage des früheren Leiters der Planungskommission Mahbub-ul Haq 66 Prozent der Industrie und 87 Prozent der Banken und Versicherungen. Schon damals wurden die Reichen noch reicher, während der Erziehungssektor und soziale Dienste ausgehungert wurden.

Gleichzeitig ließ sich Pakistan in die

regionalen Kriegsbündnisse des Kalten Krieges, SEATO und CENTO aufnehmen, es wurde zum Liebling der Freien Welt. Dies erlaubte es dem von den führenden Familien beherrschten Militärs, sich eine stattliche Armee zu halten, sie mit den modernsten Rüstungsgütern auszustatten. Schließlich hatte man einen Feind, gegen den man 1965 und 1971 zu Felde zog, freilich ohne zu gewinnen. Die Folge war, daß der Abstand zwischen Arm und Reich wie zwischen Stadt und Land immer größer wurde, daß die soziale Infrastruktur schrumpfte, die Zahl der Analphabeten stieg.

Als Zulfikar Ali Bhutto nach dem verlorenen Krieg gegen Indien 1971 Ministerpräsident wurde, verstaatlichte er zur Beseitigung der entstandenen Mißstände Teile der Industrie, die großen landwirtschaftlichen Ein- und Ausfuhrfirmen sowie den gesamten Bankensektor. Die Maßnahmen, die wir heute als Fehler erkennen, waren seinerzeit populär und wirkten sich zunächst auch positiv aus. Besonders kleine und mittlere



Firmen profitierten davon. 1972/73 hatte Pakistan zum ersten und bis heute letzten Mal eine positive Handelsbilanz aufzuweisen. Bald aber schon zeigten sich die schweren Nachteile: Bürokraten hatten die Betriebe übernommen und verwirtschafteten sie, Korruption und Nepotismus blühten.

Unter dem Militärdiktator General Zia-ul Haq, der 1977 Bhutto stürzte, ging es mit der Wirtschaft zunächst steil bergab. 1979 waren die Devisenreserven auf 100 Millionen Dollar gefallen. Eine Wende trat ein, als die Sowjetunion 1979 Afghanistan besetzte und Pakistan im Kalten Krieg zum Frontstaat gegen den Kommunismus aufrückte. Fortan wurde es in wunderbarer Weise durch billige Auslandskredite alimentiert. Diese dienten aber immer weniger der Förderung produktiver Investitionen als vielmehr zur Deckung wachsender Staatsdefizite. Während sich die Militärs mit dem Feinsten versorgten, die Einfuhr von Nahrungsmitteln und anderen Gütern weiter zunahm, Inflation und Korruption stiegen, zahlten die Reichen und Mächtigen der Privilegiengesellschaft immer weniger Steuern. Von den heute 135 Millionen Einwohnern zahlen nur 800.000 überhaupt Einkommensteuer.

Als General Zia 1988 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kam und Ghulam Ishaq Khan die Geschäfte übernahm, mußte er als erstes ein Abkommen mit dem IWF über eine Nothilfe von 830 Millionen Dollar schließen. Die Finanzspritze war an harte Bedingungen geknüpft. Leider haben die nachfolgenden Regierungen von Benazir Bhutto und

Nawaz Sharif gemogelt und die verordnete Roskur bis heute aufgeschoben. Heute ist die Wirtschafts- und Finanzkrise viel tiefer, als sie in der Vergangenheit je war. Nach zwei schlechten Jahren abnehmenden Wirtschaftswachstums wird das Land von den Schulden erdrückt, die sich im Laufe von Jahrzehnten akkumuliert haben.

In ihrem gerade veröffentlichten Jahresbericht für das abgelaufene Finanzjahr 1996/97 trifft die (relativ unabhängige) Zentralbank niederdrückende Feststellungen. Danach betragen die Staatsschulden 88,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, nahezu gleich auf Auslands- und Inlandsschulden verteilt. Zwei Drittel der Staatseinnahmen müssen allein für den Schuldendienst aufgewendet werden, das restliche Drittel der Einnahmen deckt nicht einmal vollständig die Verteidigungskosten, und im übrigen lebt der Staat vom Pump! Trotz aller Mißwirtschaft hatte Pakistan in den vergangenen Jahrzehnten durchweg ein ansehnliches Wirtschaftswachstum, das bei 5 bis 6 Prozent im Jahr lag. Es hat das Land weitaus wohlhabender als etwa Indien gemacht. Bis heute sieht man kaum Obdachlose, die auf den Straßen schlafen. Nach den Feststellungen der Staatsbank aber wuchs das Inlandsprodukt im abgelaufenen Jahr nur noch um 3,1 Prozent, das ist etwa soviel wie das Bevölkerungswachstum. Die Industrieproduktion ging gar um 1,4 Prozent zurück, Ausfuhren um 2,7 Prozent, Einfuhren um 5 Prozent, die Landwirtschaft hatte nur einen Zuwachs von 1 Prozent. Andererseits wuchsen das Zahlungsbilanzdefizit auf 6,5 und das Staatsdefizit auf

die Rekordhöhe von 6,2 Prozent des BIP. Die Sparrate, eine der niedrigsten in der Welt, sank auf 11,8 Prozent. Gäbe es nicht den Weltwährungsfonds, Pakistan hätte den Staatskonkurs anmelden müssen. Am 20. Oktober billigte der Exekutivrat des IWF ein Paket, das innerhalb eines Dreijahreszeitraums die Zahlung von insgesamt 1,558 Milliarden Dollar Darlehen vorsieht. Davon werden 935 Millionen im Rahmen einer sog. 'Enhanced Structural Adjustment Facility' (ESAF) mit nur einem halben Prozent Zinsen gewährt, rückzahlbar in 10 Jahren bei 5 Freijahren, der Rest als 'Extended Fund Facility' (EFF) zu wechselndem Zins, im Augenblick 4,2 Prozent, Rückzahlung in zehn Jahren bei vier Freijahren. Die erste Rate in Höhe von 208 Millionen Dollar wurde bereits ausgezahlt.

Der IWF hat Pakistan dabei ein hartes Strukturanpassungsprogramm auferlegt, dessen Einzelheiten unter Verschluss bleiben und das die Demagogen im Lande, von denen es ja genug gibt, als Diktat bezeichnen. Diktat ist es insoweit, als die Regierung keine andere Wahl hatte, wollte sie den Kollaps vermeiden. Die volkswirtschaftlich angestrebten Ziele sind, in Dreijahresfrist das Wirtschaftswachstum wieder auf die alte Rate von 5 bis 6 Prozent zu hieven, die Inflation von jetzt 12 auf 7 Prozent und das Leistungsbilanzdefizit auf 4 bis 4,5 zu drücken. Der Vollzug der Bedingungen wird vierteljährlich überwacht, Auszahlungen der weiteren Raten hängen von der Einhaltung der Bedingungen ab.

Hoffentlich gelingt es!